

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsadresse: Friedrichs-Platz  
Verlagsnummer: 22841  
Ruf für Nachrichten: Nr. 22841  
Schlüsselnummer: Nr. 22841  
Vertrieb: Dresden - M. L. Marienstraße 22/23

Druckerei: bei Nacht zweifacher Leistung monatlich 2.50 Mk. (einmalig 70 Wp. für Kolportage), durch Postweg 2.50 Mk. einschließlich 24 Wp. Beleghöhe (ohne Postgebühren) bei 7 mal wöchentlichem Vertrieb. Einzelnummer 10 Wp. Anzeigenzettel: Die einseitige 30 mm breite Zeile 20 Wp., für auswärts 40 Wp., die 90 mm breite Reklametexte 200 Wp., auswärts 250 Wp. abg. Anzeigenzettel 12. Kart. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wp., auswärts 20 Wp. Chiffregebühren 20 Wp. Kuchentage: Kuchentage gegen Hauszustellung.

Druck v. Verlag: Leipzig & Weidach,  
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden  
Redaktion: Postfach-Nr. 1048 Dresden  
(Dresden, Markt) 1048 Dresden  
Schlüsselnummer: 22841  
Schlüsselnummer: 22841

en  
n  
en  
waren  
45  
mit  
145  
145  
95  
10  
20  
50  
50  
marken.  
straten.  
ellungen.  
Die  
Komödie  
anztheater  
Theater

## Englands Stellung zum Donauebundplan

### Zwischenergebnis der Genfer Verhandlungen

London, 17. März. Im Anschluß an die Erörterung des Donauebundplans durch das englische Kabinett am Mittwoch veröffentlicht die „Times“ die folgende Stellungnahme Englands zu diesem Plan:

Die englische Regierung begrüßt jeden Plan, der nachweislich die wirtschaftliche Not in Mitteleuropa erleichtert, sofern er keine Schäden für andere Länder mit sich bringt oder ihnen unfaire Einschränkungen auferlegt.

Sie habe sich vor einem Monat in nichtamtlicher Form vorgeschlagen, daß die Vorteile einer Zollvereinbarung für die fünf Donaustaaten — Desterreich, Ungarn, Südbalkan, Rumänien und die Tschechoslowakei — noch geprüft werden sollten. Da dieser Vorschlag von einigen der Regierungen, die befragt worden waren, als ungeeignet angesehen wurde, so sei die englische Regierung bereit, jeden praktisch durchführbaren Plan zu unterstützen, der anscheinend die besten Aussichten habe, eine baldige Erleichterung zu bringen.

### Völkerbundsanleihe für die Donauländer?

Genf, 17. März. Die Besprechungen, die über die Pläne einer Wirtschaftshilfe für die Donauländer hier in Genf zwischen den Vertretern einzelner an der Frage interessierter Länder in diesen Tagen stattgefunden haben, sind größtenteils abgeschlossen. Als vorläufiges Ergebnis der Verhandlungen wird berichtet, daß man sich nunmehr entschlossen hat, die Frage auf diplomatischem Wege weiter zu behandeln mit dem Ziel, daß zunächst einmal die vier interessierten europäischen Großmächte — Deutschland, Frankreich, Italien und England — zu einer Vereinbarung zu kommen suchen. Die Frage einer finanziellen Disposition, eventuell auf dem Wege einer Völkerbundsanleihe, wird zur Zeit erörtert. Sie dürfte im Benehmen mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes, das zur Zeit in Paris tagt, weiterbehandelt werden. Die deutschen Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Pöffe und Legationsrat v. Dörrer, kehren heute wieder nach Berlin zurück. Sie hatten eingehende Besprechungen u. a. auch mit

Vertretern der französischen Regierung, denen sie den deutschen Standpunkt entsprechend dem von der deutschen Regierung gestern veröffentlichten Memorandum erläutert haben.

### Pariser Echo der deutschen Antwort

Paris, 17. März. Die deutsche Antwort auf den französischen Vorschlag zur Schaffung eines Donauebundes gibt der französischen Presse wieder Gelegenheit, gegen Deutschland ins Feld zu ziehen. Der außenpolitische Berichtsherausgeber des „Echo de Paris“, Vertinax, erklärt, daß sich Kardieu über die Antwort keineswegs überrascht gezeigt habe. Es frage sich, ob Deutschland stark genug sei, eine solche Opposition aufrechtzuerhalten.

Desterreich und Ungarn ständen vor dem finanziellen Zusammenbruch, und Deutschland werde nicht in der Lage sein, sie zu unterstützen.

Die französische Regierung habe ihrerseits deutlich genug zu verstehen gegeben, daß sie nur unter der Bedingung zu finanzieller Hilfe bereit sei, wenn der Staatenbund geschaffen werde. Was den deutsch-rumänischen Vertrag angehe, so werde Budapest sehr wahrscheinlich ein Mittel finden, sich wieder freizumachen, um so mehr, als es die Anfristung von der Zustimmung dritter Staaten abhängig gemacht habe. Schon jetzt hätten mehrere Länder ein Veto eingelegt. Frankreich habe berechtigten Grund, zweifelhaft in die Zukunft zu blicken. Auch das „Journal“ steht auf der deutschen Antwort die Schlussfolgerung, daß die Reichsregierung bereit sei, an jeder Hilfsaktion für Desterreich und Ungarn mitzuarbeiten unter der Voraussetzung, daß dadurch der Weg nach Wien nicht verperrt und der wirtschaftlichen Ausdehnung Deutschlands nach Südosteuropa keine Schranken entgegengesetzt würden.

Die Genfer Ausschüsse verlangen sich. Die Ausschüsse der Abstützungskonferenz für Marine- und Luftfahrfragen haben sich am Donnerstag bis nach den Ferien vertagt.

### Schwerer Autounfall Marianne Winkelsterns

Ein Passant tödlich überfahren

Berlin, 17. März. (Sig. Drahtweid.) Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich gestern Abend in Charlottenburg. An der Ecke Kant- und Kaiser-Friedrich-Straße wurde der 50 Jahre alte Oberingenieur Oskar Mübiß von einem Privatkraftwagen überfahren, den die bekannte Tänzerin Marianne Winkelstern steuerte. Der Oberingenieur starb auf dem Transport zur Rettungshalle. Das Auto von Marianne Winkelstern wurde gegen einen Baum geschleudert und schwer beschädigt. Die junge Künstlerin blieb unverletzt. Offenbar hat die Tänzerin den Oberingenieur, der den Fahrdamm überschreiten wollte, nicht rechtzeitig bemerkt. An der fraglichen Straßenecke ist die Beleuchtung außerdem ziemlich schwach. Die Tänzerin versuchte im letzten Augenblick zu bremsen und ihren Wagen zur Seite zu rücken. Der Ingenieur wurde von einem Koffel gepackt, umgerissen und gegen die Bordwand geschleudert. Nun verlor die Künstlerin völlig die Gewalt über den Wagen, der mit großer Wucht gegen einen Baum prallte. Passanten leisteten dem Verunglückten die erste Hilfe. Die Tür ließ sich nur mühsam öffnen, als man die Tänzerin befreien wollte. Der verunglückte Ingenieur wurde zur Rettungshalle gebracht, wo der Arzt nur noch den inzwischen eingetretenen Tod durch Schädelbruch feststellen konnte. Marianne Winkelstern, die keine Kenntnis vom tragischen Ausgange des Unfalls hatte, fuhr zum Variété, wo sie zur Zeit auftritt. Hier erlitt sie unter den Nachwirkungen des Unfalls einen Nervenzusammenbruch und versuchte, von ihrem Kuffel in der Abendvorstellung befreit zu werden, was aber nicht möglich war. Man wachte dort auch nicht, daß der Oberingenieur seinen Verletzungen erlegen war. Nach dem Auftreten fuhr die Tänzerin sofort zum Polizeirevier, wo sie über den Vorgang vernommen wurde. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt und gegenwärtig Gegenstand der Untersuchung durch die Polizei, die den Kraftwagen beschlagnahmt.

### Zwei französische Flugzeuge abgestürzt

Paris, 17. März. Am Mittwochnachmittag war ein Privatflugzeug zu einem Fluge in Tourcoing aufgestiegen und beschrieb zwischen Lille und Tourcoing einige Kurven. Der Führer ging plötzlich in eine sehr scharfe Kurve, wobei die Maschine abrutschte und senkrecht zu Boden stürzte. Vor einem Caféhaus auf der großen Landstraße nach Lille bohrte sich der Apparat tief in die Erde und explodierte. Einer Frau, die sich in unmittelbarer Nähe befand, gelang es nur noch im letzten Augenblick, beiseite zu springen. Ehe es noch gelang, an den brennenden Apparat heranzukommen, waren die beiden Insassen bereits vollständig verkohlt.

Ein anderes Unglück ereignete sich fast zur gleichen Zeit in der Nähe von Bois, wo ein Militärflugzeug aus einer 80 Meter Höhe abstürzte und Feuer fing. Der Führer verbrannte bei lebendigem Leibe, während sein Begleiter mit schweren Brandwunden in ein Krankenhaus übergeführt werden mußte.

### Weiteres Opfer der Kreuzer-Krise

Neapel, 17. März. In Neapel (Italien) hat sich am Mittwoch der geschäftsführende Direktor der dortigen, dem Kreuzer-Konzern angehörenden Streichholzfabrik, Margus, erhängt. Die von Margus geleitete Fabrik war früher sein Eigentum. Nach Abgabe des Strohholzm monopol an Kreuzer verkaufte Margus die Fabrik gegen Aktien des Schwedentruffs. Das Fehlen dieser Aktien und die Tatsache, daß sein Gehalt als geschäftsführender Direktor nach dem Tode Kreuzers um 50 v. H. gekürzt wurde, hatte für Margus, der noch eine Reihe anderer Unternehmungen besaß, finanzielle Schwierigkeiten zur Folge.

### Selbstmord eines Sextaners

Der Vater folgt dem Sohn in den Tod  
Waldburg (Schlesien), 17. März. Der elfjährige Sohn eines Drogerien erlösch sich gestern Abend mit dem Revolver seines Vaters, da er nicht verhebt werden sollte. Sein Vater schoß sich aus Verzweiflung über den Tod seines Kindes ebenfalls eine Kugel in den Kopf. Er wurde sofort in das Knappschafts-Krankenhaus geschafft, verstarb aber während der Operation.

### Weitgehende Forderungen de Valeras

Dublin, 17. März. Der neue irische Ministerpräsident de Valera machte vor Pressevertretern bemerkenswerte Ausführungen über seine politischen Absichten. Zunächst stellte er fest, daß die Abschaffung des Treueides gegenüber dem englischen König eine der ersten Handlungen in der nächsten Parlamentssession sein werde. de Valera erklärte ferner, daß die Befreiung des Treueides das Weiterbestehen der republikanischen Armee unerschütterlich machen werde. Die jährlichen Entschädigungszahlungen an England sollen, wie de Valera weiter ausführte, nicht nur nicht weiterbezahlt, sondern die bereits abgeführten Beträge von insgesamt etwa 50 Millionen Pfund von England zurückgefordert werden. Schließlich forderte de Valera die Befreiung der ungarischen Grenze zwischen Nord- und Südland. Irland müsse ein vereinigtes Land sein.

## Severings Furcht vor den Nationalsozialisten

### Hausdurchsuchungen bei allen preussischen NSDAP-Geschäftsstellen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. März. Die seit Tagen in Berlin umlaufenden Gerüchte, daß die preussische Regierung eine großen Schlag gegen die nationalsozialistischen SA zu unternehmen gedenke, finden heute ihre Bestätigung.

In ganz Preußen haben Hausdurchsuchungen bei nationalsozialistischen Beamten und in allen nationalsozialistischen Büros stattgefunden.

Auch in Berlin wurden heute in den Geschäftsräumen der NSDAP, Durchsuchungen veranstaltet. Es ist dabei Severings Absicht, angebliche hochverräterische Pläne der NSDAP festzustellen. Severing verbreitet bereits heute eine umfangreiche Mitteilung über verschiedene politische Untersuchungsresultate der letzten Zeit.

Darin wird behauptet, daß am Montag die SA-Formationen auf Anordnung der Münchner Befehlshaber in Alarmbereitschaft gehalten hätten. Im Arzlefeld Idenburg sei der SA aufgegeben worden, sich für längere Zeit mit Proviant an versehen. Angeblich soll auch die Absicht bestanden haben, die SA-Verstecke an Kraftwagen nach Berlin zu transportieren. In Schleswig habe ein SA-Führer auf die Notwendigkeit schleuniger Aufstellung von SA-Regimenten hingewiesen, da die aktive SA angeblich vom Lande fortgenommen werden müsse, um den zur Nacht gekommenen Hilfer in den Hauptstädten zu unterstützen. Gleichzeitig, so erklärt Severing, sei eine verstärkte unterirdische Arbeit an der staatlichen Polizei vor sich gegangen. Außerdem seien in den letzten Tagen Waffen und bei Angehörigen der SA gemacht worden. Bei Hausdurchsuchungen in Berlin seien Auffassungen gefunden worden, nach denen eine Einschließung Berlins

durch vorher herausgezogene Berliner SA-Einheiten mit Unterstützung der in der Provinz zusammengezogenen Formationen vorbereitet gewesen sei. Es lägen dafür verschiedene Alarmbefehle und gleichsam Mobilisationsanweisungen vor. Ein Rundschreiben des Inspektors der Motorfahrzeuge und Staffeln aus München gebe ferner Richtlinien und eine genaue Karte für Reichsregiments der Kraftwagen und Motorräder von Nord- und Mitteldeutschland bis nach München, die auf das Schwert „Großmutter“ gestanden — was in Kraft treten sollten.

Severing war der Auffassung, daß dies alles Vorbereitungen und Anstalten für den Bürgerkrieg darstellten, die von dem Vorkrieg nur für Unruhen von kommunistischer Seite zu gelten, nicht gedeckt werden könnten. Gleichzeitige Verfügungen auf die Legalität der nationalsozialistischen

Organisationen könnten die preussischen Verwaltungsbehörden nur dann respektieren, wenn die Praxis der NSDAP mit dem Eid der Führer in Einklang stehe. Die preussische Regierung sei nicht gesonnen, lebenden Augen eine Armee anzusehen zu lassen, die nicht nur auf eine Verdrängung der Staatsautorität hinausabzielt, sondern auch ein künftiges Element der Unruhe sein müsse.

### Nationalsozialistische Erklärungen zu diesen Mitteilungen

des preussischen Innenministers liegen noch nicht vor. Es bleibt abzuwarten, ob die heute in ganz Preußen stattfindenden Hausdurchsuchungen weiterer „Material“ erbringen. Severing sucht zweifellos nur deshalb triumphal nach solchen Unterlagen, um für das von ihm geplante SA-Verbot in Preußen wenigstens den Schein einer Berechtigung vorweisen zu können.

Vom Gauleiter in Köln der NSDAP wird gemeldet, die Postzeit habe lediglich 40 Korrespondenzmappen beschlagnahmt, die ohne Rücksicht auf den Inhalt in Koffer gepackt und unter Begleitung eines Parteimitgliedes zum Polizeipräsidium geschafft worden seien. Weiter seien die Berordnungsbücher der politischen Reichsleitung der Partei und der SA, die jeder Mann ausnahmslos haben, beschlagnahmt worden. — Wie von der Leitung der Kölner politischen Polizei noch ergänzend mitgeteilt wird, wurden sämtliche beschlagnahmten Schriftstücke, ohne von der örtlichen Polizei eingesehen zu werden, nach Berlin weitergeschickt.

Wie von zentraler Reichsstelle mitgeteilt wird, ist das Reich an der politischen Aktion gegen die Nationalsozialisten in Preußen völlig unbeteiligt. Die Untersuchung ist vom Reich weder angeordnet, noch angeordnet worden.

### Schließung des Dönanbrücker Parteihauses

Dönanbrück, 17. März. Die Ortspolizeibehörde teilt mit: „Im Gegensatz zu den übrigen Städten der Provinz Hannover haben sich in der Nacht zum 18. März in Dönanbrück mehrere hundert Nationalsozialisten versammelt, um die Dönanbrücker Parteihäuser zu besetzen. Die Ortspolizeibehörde hat daher das Parteihaus bis auf weiteres geschlossen. Von der Schließung aus dem Parteihause an der Dönanstraße ist vorläufig Abstand genommen worden.“